



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Ägypten 2012

Der Arabische Frühling löste in Ägypten eine Welle der Proteste aus. Viele Menschen gingen auf die Straße, um mit friedlichen Mitteln für ihr Recht auf freie Meinungsäußerung einzutreten. Am 28. Januar 2011 breiten sich die Proteste quer über das Land aus. Dabei gingen die Sicherheitskräfte mit entschiedener Härte gegen Demonstranten vor und über 1000 Protestierende wurden von Sicherheitsbehörden festgenommen. Bei der Festnahme wurden viele von der Bereitschaftspolizei oder der ägyptischen Staatssicherheit verprügelt und nach ihrer Inhaftierung in Lagern der Zentralen Sicherheit erneut geschlagen.

Nach Revolten in den Gefängnissen Wadi Natroon II und Fayoum Ende Januar ist über den Verbleib von Mohamed Abu Essaoud Ismail und Mohamed al-Fateh Basyouni nichts Weiteres bekannt. Die Familien der beiden Männer befürchten, dass sie Folter ausgesetzt sind. Sie wurden an unbekannte Orte gebracht. Auf Anfrage über ihren Aufenthaltsort wurden ihren Familien Informationen verweigert.

In den Tagen vor dem Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak wurden Gefangene vom ägyptischen Militär systematisch gefoltert. Bei einer Reise durch Kairo und Umgebung begegneten Amnesty-Mitarbeiter Anfang Februar ehemaligen Gefangenen und Familien von Inhaftierten. Diese schilderten von dem Einsatz von Peitschen, Elektroschockern und anderen Gegenständen. Gefangene werden verprügelt, kopfüber aufgehängt und ausgepeitscht.

Am 6. Mai drohten die ägyptischen Behörden die äthiopischen und eritreischen Staatsbürger Fthawi Zenawi Teklealefa, Bahlbi Goytom Aynalem, Abrham Afwerki Tafele und 85 weitere Asylsuchende und MigrantInnen in ihre Heimatländer abzuschicken, wo sie Haft und Folter ausgesetzt werden können.

Am 24. Juli kam es im Gefängnis von Wadi Guedid während Zellendurchsuchungen zu Vorfällen als Gefängniswärter auf Gefangene einschlugen. Auf Abu el-Maati Ahmed Abu al-Arab wurde mit Kabeln und Schlagstöcken eingepöbele und sein Bein gebrochen. Die medizinische Versorgung wurde ihm zumindest zu Beginn entzogen.

Im Oktober drohte 118 eritreischen Staatsbürgern, die im Süden Ägyptens festgenommen wurden, sie in ihre Heimatländer abzuschicken. Amnesty International vertritt die Auffassung, dass die Männer nach einer Abschiebung in ihr Heimatland Eritrea gefoltert oder misshandelt werden und ohne die Erhebung einer Anklage oder der Gewährung eines Gerichtsverfahrens unter unzumutbaren Bedingungen gefangen gehalten würden. Es ist bekannt, dass Flüchtlinge und Asylsuchende aus Eritrea nach der Rückführung in ihr

Heimatland ohne Kontakt zur Außenwelt in Haft gehalten und während dieser Zeit gefoltert worden sind, insbesondere diejenigen, die sich dem Militärdienst entziehen wollten.